



Zurück in die Welt

Austausch zum
Bildungsstandard machen!

Antworten auf unsere Wahlprüfsteine zur Wahl des Berliner Abgeordnetenhauses 2021

Im Rahmen der Kampagne „Zurück in die Welt – Austausch zum Bildungsstandard machen!“ zur Wahl des Berliner Abgeordnetenhauses am 26. September 2021 haben wir die Parteien gefragt, wie der internationale Schüler- und Jugendaustausch konkret gestärkt werden soll.

Geantwortet haben:

CDU

Bündnis 90/Die Grünen

FDP

DIE LINKE

Stand: 2. September 2021

Förderung von Bildungsgerechtigkeit

1. Wie stehen Sie zum Anspruch, dass jeder junge Mensch in Berlin – unabhängig von sozialem Hintergrund, finanziellen Voraussetzungen oder der besuchten Schule – einmal während der Schulzeit an einem grenzüberschreitenden Austausch teilnehmen kann?

CDU	Wir halten es grundsätzlich für erstrebenswert, dass alle jungen Menschen unabhängig vom Geldbeutel ihrer Eltern, an einem internationalen Jugendaustauschprogramm teilnehmen können. Andere Kulturen kennenzulernen erweitert nicht nur den eigenen Horizont, sondern hilft Vorurteile abzubauen und Vielfalt als Chance zu begreifen. Persönliche Begegnungen und Freundschaften werden zudem Verständnis und Respekt füreinander stärken.
SPD	Es liegt uns aktuell noch keine Antwort vor.
B90/DIE GRÜNEN	Das Thema Jugendaustausch begleitet uns GRÜNE im Abgeordnetenhaus schon seit vielen Jahrzehnten und ist ein wichtiger Bestandteil der demokratischen Bildung. Politik mit und für junge Menschen braucht in Zeiten der Globalisierung eine internationale Ausrichtung. Deshalb stärken wir internationale Begegnungen und Austauschprogramme. Unser Ziel ist es, dass alle jungen Menschen während ihrer Schul-, Ausbildungs- oder Studienzeit die Möglichkeit haben, europäische bzw. internationale Austauschfahrten zu sammeln. Dabei kommt es uns auch darauf an, die Vielfalt des internationalen Jugendaustauschs zu sichern. Denn für uns GRÜNE in Berlin ist klar, dass Jugendaustausch keine Frage des Geldbeutels sein darf. Vielmehr sollen alle jungen Menschen die Möglichkeit erhalten, die vielen Partnerstädte Berlins und der einzelnen Bezirke kennenzulernen. Zudem setzen wir uns dafür ein, dass neben dem Fokus auf europäischen Austausch auch die diversen Hintergründe der Berliner Jugendlichen für die Auswahl von Austauschländern eine Rolle spielen. Internationale Erfahrungen können gerade vor dem Hintergrund einer eigenen oder familiären Migrationsgeschichte ein wichtiger Teil der persönlichen Entwicklung sein. Dies möchten wir allen Berliner Jugendlichen auch unabhängig der familiären finanziellen Situation ermöglichen.
DIE LINKE	<p>Berlin ist vielfältig: Ein großer Teil der Berliner Schüler:innen wächst mehrsprachig auf, hat Familie, die in anderen Ländern lebt, oder selbst eine Migrationsgeschichte. Nicht umsonst definiert das Berliner Schulgesetz in § 3 interkulturelle Kompetenz als eines der Bildungs- und Erziehungsziele der Berliner Schule. Mit den Staatlichen Europa-Schulen verfügt Berlin über ein ganz besonderes Modell der bilingualen Schulbildung. Die rot-rot-grüne Koalition hat zudem das Angebot an herkunftssprachlichem Unterricht ausgebaut: Inzwischen existieren an Berliner Grundschulen staatliche AG'en in Türkisch, Arabisch, Kurdisch (Kurmandschi) und Polnisch. DIE LINKE. will den herkunftssprachlichen Unterricht und generell Maßnahmen zur Förderung von Zwei- und Mehrsprachigkeit in der kommenden Legislaturperiode weiter ausbauen. Dabei ist uns besonders wichtig, dass die Herkunftssprache von Schüler:innen oder ihren Eltern auch durch Regelunterricht als zweite oder erste Fremdsprache anerkannt wird und prüfungsrelevant ist. Schüler:innenaustausche halten wir für eine wichtige Ergänzung dieses Vorhabens. Neben der Möglichkeit, die Sprachkompetenz der Schüler:innen zu erhöhen, fördern sie die Bereitschaft, sich mit fremden und der eigenen Lebensweise intensiver auseinanderzusetzen. Durch persönliche Begegnungen können Vorurteile abgebaut, fremde Perspektiven eingenommen und Neues erfahren werden.</p> <p>Wir halten es deshalb für wünschenswert, dass alle Berliner Schüler:innen, die das wollen, im Laufe ihrer Schulzeit die Möglichkeit erhalten, an einem Austausch teilzunehmen – unabhängig vom Geldbeutel der Eltern oder der gewählten Schulform. Insbesondere für Kinder und Jugendliche aus einkommensschwachen Verhältnissen gilt</p>

es, dafür finanzielle Unterstützungssysteme zu schaffen – über die bestehenden Schülerfahrtenzuschüsse für BuT-Berechtigte hinaus.

FDP

Wir Freie Demokraten wollen Kinder und Jugendliche aus sozial benachteiligten Verhältnissen gezielt fördern, die Leistungen des Bildungs- und Teilhabepaketes deutlich erhöhen und die Verfahren entbürokratisieren sowie digitalisieren.

Um Kindern aus Haushalten mit geringerem Einkommen gezielter zu helfen, wollen wir ein Kinderchancengeld einführen. Im Kinderchancengeld werden alle bisherigen kindesbezogenen Leistungen gebündelt, vernetzt und vereinfacht. Es entsteht ein einheitlicher Anspruch an einer zentralen Stelle im bei der Familienkasse. Mit dem Kinderchancengeld wollen wir weg vom Gießkannen-Förderprinzip. Wir wollen den Familien logischerweise mehr Geld und nicht weniger geben. Sie sollen aber vor allem gezielt gefördert werden. Das Kinderchancengeld ist einfach, digital und ermöglicht echte Aufstiegschancen. Es besteht aus einem Grundbetrag, einem Flexibetrag und einem nichtmateriellem Chancenpaket. Die Angebote für bessere Chancen, Bildung und Teilhabe werden ausgeweitet. Um die Angebote des Kinderchancengelds effektiv zu nutzen, erhalten Kinder und Jugendliche einen unbürokratischen, direkten und digitalen Zugang über ein Onlineportal. Es liefert einen schnellen individuellen Überblick über die aktuellen Bildungs- und Förderangebote in der Region. Es ermöglicht auch die Kommunikation mit den Leistungserbringern. Damit wollen wir abschreckende Bürokratie überwinden und die Chancen der Digitalisierung für Kinder und Jugendliche nutzen.

So entstehen finanzielle Spielräume für den internationalen Austausch. Wir Freie Demokraten wollen zum Beispiel den Jugendaustausch zwischen Israel und Deutschland vertiefen und auf eine neue Basis stellen. Israel ist die einzige Demokratie im Nahen Osten und teilt Werte wie Demokratie und Rechtstaatlichkeit mit Deutschland. Das deutsch-israelische Jugendwerk muss entschlossen auf- und ausgebaut werden. An Schulen sollte nicht nur die Vergangenheit, sondern auch die Gegenwart jüdischen Lebens thematisiert werden. Die jüdische Religion und Kultur allgemein sollten in Lehrplänen auftauchen. Ein reger Austausch bedarf der klugen Förderung im Rahmen des zwischen Deutschland und Israel verabredeten deutsch-israelischen Jugendwerkes, um eine Brücke zwischen den Ländern und Kulturen zu bauen.

Analog zum Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD) braucht es einen Deutschen Beruflichen Austauschdienst, der Auszubildende, Betriebe und Berufsschulen bei Auslandsaufenthalten unterstützt. Die Programme „Erasmus+“ und „AusbildungWeltweit“ wollen wir ausbauen

2. Welchen Standpunkt nehmen Sie gegenüber der Forderung ein, internationalen Schüleraustausch an Integrierten Sekundarschulen und Gemeinschaftsschulen gezielt durch ein eigenes Programm der Landesregierung zu fördern?

CDU	Ein solches Vorhaben finden wir grundsätzlich unterstützenswert, jedoch kann die Vergabe von finanziellen Mitteln nur in Abhängigkeit von der Haushaltslage diskutiert werden.
SPD	Es liegt uns aktuell noch keine Antwort vor.
B90/DIE GRÜNEN	Kinder und Jugendliche sollten unabhängig vom Elternhaus und ihrer Bildungsherkunft die Möglichkeit erhalten am internationalen Schüleraustausch teilzunehmen, um andere Kulturen, Länder und Sprachen zu erfahren und zu erleben. Dies würden wir aber nicht an eine Schulform festlegen wollen, da sich die Schullandschaft unabhängig von einer konkreten Schulform in Berlin sehr heterogen gliedert. Auch sind wir der Überzeugung, dass im Rahmen der beruflichen Bildung der internationale Schüleraustausch bisher eine viel zu geringe Rolle spielt und würden diesen zukünftig stärker in den Blick nehmen.
DIE LINKE	Angesichts dessen, dass es an Gymnasien viel häufiger die Regel ist, dass Schüler:innen Angebote zum Schüler:innenaustausch erhalten, teilen wir die Ansicht, dass Integrierte Sekundarschulen und Gemeinschaftsschulen hier mehr Unterstützung brauchen.
FDP	Wir Freie Demokraten wollen die Autonomie der Schulen stärken und den Schulen mehr pädagogische, personelle und finanzielle Freiheiten geben. Jede Schule soll ein eigenes Budget erhalten, über dessen Verwendung sie autonom entscheidet. Im Rahmen der Schulautonomie kann der Unterricht zum Beispiel in einem modularen System organisiert und so individuell auf die einzelne Schülerin oder den einzelnen Schüler zugeschnitten werden. Im Rahmen ihrer Profilbildung können integrierte Sekundarschulen und Gemeinschaftsschulen auch den Austausch intensivieren.

3. Unterstützen Sie das Anliegen, dass Schülerinnen und Schüler in Berlin eine einkommensabhängige finanzielle Förderung durch die Landesregierung erhalten, um an einem ganz- oder halbjährigen individuellen Schüleraustausch im Ausland teilnehmen zu können?

- CDU Alle jungen Menschen sollten unabhängig vom Geldbeutel ihrer Eltern möglichst oft die Gelegenheit erhalten, an einem solchen Angebot teilzunehmen.
- Mit dem Auslands-BAföG gibt es bereits eine Sozialleistung, mit der Schülerinnen und Schüler einen Schulbesuch im Ausland finanzieren können. Wir wollen daran festhalten. Schülerinnen und Schüler an Gymnasien, Gesamtschulen so-wie an Fach- oder Fachoberschulen können während ihres Auslandsschuljahres BAföG erhalten, sofern die finanziellen Voraussetzungen gegeben sind. Zu den Förderbedingungen gehört, dass die Schülerinnen und Schüler nach dem Auslandsschulbesuch von mindestens sechs Monaten bzw. einem Schulhalbjahr die Schulausbildung in der gymnasialen Oberstufe oder an einer zweijährigen Fachoberschule fortsetzen. Diese Regelung stellt sicher, dass die Schülerinnen und Schüler über die notwendigen Sprachkenntnisse verfügen, um vom Aufenthalt im Ausland zu profitieren.
- SPD Es liegt uns aktuell noch keine Antwort vor.
- B90/DIE GRÜNEN Ja, wir teilen das Anliegen, dass ein internationaler Schüleraustausch unabhängig von der finanziellen Herkunft der Schüler*innen erfolgen soll. Damit ein Schüleraustausch in gewachsene Strukturen übergeht und eine dauerhafte Kontinuität aufweist, ist es uns besonders wichtig, die einzelnen Schulen zu stärken und zu unterstützen. Hier bieten insbesondere die bestehenden Programme zur Stärkung von Schulen in besonderer Lage eine gute Möglichkeit.
- DIE LINKE Ganz- oder halbjährige Schüler:innenaustausche werden bereits vielfältig über Stipendien, Auslands-Bafög, Freiwilligendienste, das Erasmusprogramm usw. aus Landes-, Bundes-, EU-Mitteln oder z.B. über Stiftungen gefördert. Dass das ausgebaut werden sollte, wollen wir auch, sehen hier aber vor allem den Bund in der Pflicht.
- FDP Wir haben Sympathie für eine gezielte Förderung, deren Höhe die finanzielle Leistungsfähigkeit der Familie der zu Fördernden berücksichtigt.
- Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier hat am 10. Mai erklärt: „Der Kassensturz wird kommen. Aber an der Bildung dürfen wir nicht sparen.“ Bis zum Jahresende wird die Neuverschuldung Berlins auch durch die Pandemiebewältigung auf 7,3 Milliarden Euro angestiegen sein. Wir tun unseren Kindern keinen Gefallen, wenn wir ihnen und kommenden Generationen noch mehr Schulden hinterlassen. Vor diesem Hintergrund liegt die Herausforderung darin, die Prioritäten zu prüfen und neu zu steuern. Für den Austausch heißt das, dass sich nicht alle Träume, auch solche, die wir ausdrücklich für wertvoll halten, erfüllen lassen werden, soweit sie nicht schon über vorhandene Programme erfüllt werden können. Eine Förderung von Schülerinnen und Schülern, die die Leistungsfähigkeit ihrer Eltern unberücksichtigt lässt, entspräche nicht dem von uns vertretenen Chancengerechtigkeit durch solidarischen Ausgleich zwischen Starken und Schwachen.
- Fest steht, dass die verfügbaren Mittel nicht größer werden, wenn sich das Land auf teure Enteignungen verpflichten lässt, die den Landeshaushalt mit milliardenschweren Entschädigungszahlen für die Enteigneten belasten würden.

Internationalem Schüleraustausch einen festen Platz in der Schule verschaffen!

4. Halten Sie ein parlamentarisches Patenschaftsprogramm des Abgeordnetenhauses Berlin für sinnvoll, das sich analog zum PPP des Deutschen Bundestages gezielt an Schülerinnen und Schüler von Sekundar-Gemeinschafts- und Gesamtschulen richtet, die einen individuellen Schüleraustausch machen möchten?

CDU	Wir wissen: Völkerverständigung beginnt bei persönlichen Freundschaften und muss immer wieder neu wachsen - in jeder Generation. Das Parlamentarische Patenschaftsprogramm (PPP) des Deutschen Bundestages und des US-Kongresses ermöglicht es, seit 1983 jedes Jahr jungen Menschen mit einem Vollstipendium ein Schuljahr in Deutschland und den USA zu erleben. Wir setzen uns dafür ein, das erfolgreiche Jugendaustauschprogramm des Bundestages (PPP) mehr als zu verdoppeln. Die Einrichtung eines Parlamentarischen Patenschaftsprogramms des Berliner Abgeordnetenhauses finden wir diskussionswürdig und wollen wir prüfen.
SPD	Es liegt uns aktuell noch keine Antwort vor.
B90/DIE GRÜNEN	Das PPP des Deutschen Bundestages ist eine tolle Möglichkeit auch für Berliner Schüler*innen einen Austausch in die USA zu machen. Ein analoges Programm für das Berliner Abgeordnetenhaus, das sich allein auf ein Partnerland festlegt, halten wir nicht unbedingt für notwendig. Grundsätzlich ist es unser Ziel, insbesondere den internationalen Austausch niedrigschwelliger zu gestalten und mehr Berliner Jugendlichen zugänglich zu machen. Das PPP zielt jedoch auf einen anderen wichtigen Aspekt ab, der uns als Berliner Grünen sehr wichtig ist: Wir sind nicht nur eine Stadt aus der heraus Austausch stattfindet, wir sind auch Gastgeberin. Junge Menschen aus der ganzen Welt kommen für internationale Austausche nach Berlin. Diese Rolle müssen wir perspektivisch mehr ausfüllen. Dazu haben wir bereits parlamentarisch gewirkt und werden dieses Ziel auch weiterhin verfolgen. Die Stipendiat*innen der Studienstiftung des Abgeordnetenhauses werden beispielsweise durch Parlamentarier*innen begleitet. Für Austausch-Schüler*innen in Berlin und auch junge Auszubildende, die nach Berlin kommen, sollten Möglichkeiten wie diese auch geschaffen werden.
DIE LINKE	
FDP	Für die Diskussion darüber, ob das Abgeordnetenhaus über sein vorhandenes Stipendienprogramm hinaus, ein parlamentarisches Patenschaftsprogramm auflegen sollte, ist die FDP offen. Die entscheidende Klippe ist dabei weniger die Frage, ob es sinnvoll ist – sie ist wohl schnell zu beantworten –, sondern die Frage, welcher finanzielle Spielraum einem solchen Programm vor dem Hintergrund der Ausführungen zu Frage 3 eingeräumt werden kann.

5. Teilen Sie unser Anliegen, dass sich die Landesregierung dafür einsetzen sollte, Schüleraustausch als Thema in allen Phasen der Lehrkräftebildung zu behandeln (Studium, Referendariat, Fortbildungsangebot des LISUM)?

- CDU
- Wir wollen, dass pädagogische Konzepte und die Ausbildung von Lehrerinnen und Lehrern weiterentwickelt werden. Vor allem die digitale Kompetenz muss umfassend in den Unterricht integriert werden. Auf Bundesebene setzen wir uns dafür ein, bundesweite Bildungskompetenzzentren mit dem Ziel aufzubauen, lehrerbildende Hochschulen, Forschungsinstitute und Lehrerfortbildungseinrichtungen in den Ländern zu vernetzen und Erkenntnisse der Bildungsforschung direkt für Lehrerbildung praktisch nutzbar zu machen. Die erfolgreich etablierte Qualitätsoffensive Lehrerbildung soll, was die Inhalte betrifft, weiterentwickelt werden.
- Außerdem wollen wir verstärkt internationale Lehrkräfte als Ergänzung für digitales Unterrichten gewinnen. Diese müssen nicht zwangsläufig in Berlin oder Deutschland leben, aber dennoch vollausgebildete Lehrkräfte sein, unseren hohen Anforderungen entsprechen und ein Bewerbungsverfahren durchlaufen, wie alle anderen Lehrkräfte auch. Indem wir die Möglichkeit schaffen, als Onlinelehrerin und -lehrer unabhängig vom Wohnort Berliner Schülerinnen und Schüler zu unterrichten, gewinnen wir nicht nur zusätzliches Personal, sondern werden auch den Herausforderungen zunehmender Digitalisierung und Inter-nationalisierung gerecht: eine Situation, bei der alle gewinnen. Denn unsere Schülerinnen und Schüler profitieren insbesondere in den Fremdsprachen von muttersprachlichem Unterricht und kulturellem Austausch.
- SPD
- Es liegt uns aktuell noch keine Antwort vor.
- B90/DIE GRÜNEN
- Für die Stärkung des kulturellen Austausches von Schüler*innen unterschiedlicher Nationen in der Lehrkräftebildung werden wir uns auch gerne weiterhin zukünftig einsetzen. Dabei ist in den vergangenen Jahren im Rahmen der Neuaufstellung der Lehrkräftebildung schon einiges geschehen. Wir sehen aber insbesondere im Hinblick auf die regionale Fortbildung noch weiteren Bedarf.
- DIE LINKE
- FDP
- Wir werben für ein breites Aus- und Fortbildungsprofil für den Lehrerberuf in Berlin. Insofern sind wir für die Diskussion entsprechender Aktivitäten offen. Die FDP Berlin hat in ihrem Regierungsprogramm zur Abgeordnetenhauswahl erklärt, dass sie sich dafür einsetzt, das Landesinstitut für Schule und Medien (LISUM) Berlin-Brandenburg finanziell und personell so auszustatten, dass ein qualitativ hochwertiges Angebot für Schulen in Berlin und Brandenburg bereitgestellt wird. Damit könnten auch vertiefende Maßnahmen und Materialien zur Lehrkräftebildung mit Blick auf das Thema Schüleraustausch angegangen werden.

6. Unterstützen Sie die Forderung, die Internationalisierung von Schulen in Berlin durch Beratung, Qualifizierung und Vernetzung zu fördern? Sollte die Landesregierung zu diesem Zweck Informations- und Beratungszentren innerhalb oder außerhalb der Kultusverwaltung schaffen oder beauftragen?

- CDU
- Insbesondere für die aus dem Ausland zuziehenden Fachkräfte sind international ausgerichtete Bildungseinrichtungen ein elementarer Faktor bei der Standortentscheidung. Daher setzen wir uns auch dafür ein, Schulen mit europäischem und internationalem Profil dauerhaft zu sichern und auszubauen. Wir werden die Staatlichen Europa-Schulen Berlin stärken und für jedes Schulneubau oder -ausbauprojekt obligatorisch die Einrichtung eines bilingualen Zweiges prüfen. Vor allem im Osten unserer Stadt gibt es dafür einen hohen Bedarf.
- Die Einsetzung von Informations- und Beratungszentren zum Thema „Internationalisierung von Schulen“ sollte zu gegebener Zeit geprüft werden.
- SPD
- Es liegt uns aktuell noch keine Antwort vor.
- B90/DIE GRÜNEN
- Maßnahmen zur Stärkung der Internationalisierung von Schulen unterstützen wir gerne. Im Rahmen der staatlichen Europaschule Berlin aber auch anderer Projekte mit internationalem Bezug bestehen in der Senatsverwaltung für Bildung aktuell Personalkapazitäten. Inwiefern diese für eine stärkere Internationalisierung der Schulen ausreichend sind, werden wir gerne in der kommenden Legislatur prüfen und gegebenenfalls weiterentwickeln.
- DIE LINKE
- FDP
- Wir wollen die Berufsorientierung an Berliner Schulen verbessern. Wir möchten die vielen unterschiedlichen Berufsorientierungsprogramme an den allgemeinbildenden Schulen daraufhin evaluieren lassen, inwieweit sie zielführend sind, und sie dort ausbauen, wo sie sinnvoll sind. Zudem möchten wir den Austausch mit Unternehmen zu der Frage suchen, inwieweit und in welcher Phase Praktika (vielleicht sogar im Ausland?) für junge Menschen nützlich sind. Die Berufsorientierung an allgemeinbildenden Schulen möchten wir deshalb durch „Role Models“ (Vorbilder) oder Patinnen und Paten stärken. Dabei kann ein Blick auf internationale Bezüge, die die Stadt aufgrund ihrer breiten Vielfalt von Berlinerinnen und Berlinern mit migrantischen Wurzeln aufweist, eine interessante Perspektive sein. Die Evaluation im Austausch zum Beispiel mit anderen Akteuren z.B. der Jugendberufsberatung wird auch zeigen, welche Strukturen tragfähig, ausbauwürdig und wünschenswert sind und angesichts der obwaltenden finanziellen Prioritäten des Landes angegangen werden können.

7. Sollte die Landesregierung darauf hinwirken, dass Schulen Funktionsstellen für die Koordinierung von Schulpartnerschaften einrichten und Lehrkräfte ein Anrecht auf Entlastungsstunden und Kostenerstattung für die Organisation und Durchführung von Schüleraustauschen erhalten?

- CDU Unser grundsätzliches Ziel ist es, das gesamte schulische Personal stärker zu entlasten. Lehrerinnen und Lehrer müssen den Rücken frei für das Unterrichten haben. Ihre Kernaufgabe ist das Vermitteln von Wissen, Werten und Bildung, nicht das Schreiben von Statistiken oder die Pausenaufsicht. Deswegen wollen wir, dass alle Berliner Schulen durch multiprofessionelle Teams unterstützt werden. Hierzu zählen Sonderpädagogen, Sozialarbeiter, Psychologen, Kranken-schwestern, IT-Experten, Hausmeister und Verwaltungskräfte. Diese könnten auch bei der Organisation und Koordinierung von Schulpartnerschaften tätig werden..
- SPD Es liegt uns aktuell noch keine Antwort vor.
- B90/DIE GRÜNEN Den Schulen stehen aktuell für eine Vielzahl von Aufgaben Stundenkontingente zur Entlastung zur Verfügung. Diese können flexibel für unterschiedliche Aufgaben und Schwerpunkte innerhalb der Schule verwendet werden. Auch stehen den Schulen im Rahmen der staatlichen Europaschule Berlin (SESB) Stundenkontingente zur Verfügung, die auch für Schüleraustausch verwendet werden können. Inwiefern ein weiterer Bedarf an Entlastungsstunden tatsächlich benötigt wird und zielführend ist, würden wir gerne in einer kommenden Koalition prüfen und bei Bedarf weiterentwickeln.
- DIE LINKE Die Vorbereitung von Schüler:innenaustauschen müssen Lehrkräfte in ihrer regulären Arbeitszeit bewältigen können. Dafür brauchen sie entsprechende Unterstützung.
- FDP Wir wollen Schulen, in denen multiprofessionelle Teams aus Lehrerinnen und Lehrern, Erzieherinnen und Erziehern, Fachkräfte der Sozialarbeit, der Verwaltung und der Digitalisierungsinfrastruktur sich um alle Belange, die das jeweilige Schulprofil erfordert, kümmern. Für die Lehrkräfte fordern wir insbesondere eine Entlastung bei administrativen Vorgängen, die nicht im Bereich ihrer pädagogischen Kernkompetenz liegen. Mehr personelle Unterstützung bei Verwaltungsangelegenheiten, die Erleichterung der auf das unabdingbar notwendige Maß zurückzuführenden bürokratischen Anforderungen mit Hilfe geeigneter Hard- und Softwarelösungen entlastet auch bei den notwendigen Aufgaben der Begleitung und Durchführung von Schüleraustauschaktivitäten. Die FDP tritt immer dafür ein, dass sich besonderes Engagement und zusätzliche spezifische Qualifikationen sich auch auszahlt.

8. Stimmen Sie zu, dass die Landesregierung eine systematische Verknüpfung von Fachunterricht mit Schüleraustausch auch jenseits des Fremdsprachenunterrichts anregen und unterstützen sollte?

CDU	Ja
SPD	Es liegt uns aktuell noch keine Antwort vor.
B90/DIE GRÜNEN	Wir GRÜNE verstehen den Sinn eines Schüler*innenaustauschs nicht als reine Übung einer Fremdsprache. Gerade für das Zusammenwachsen der europäischen Länder nach dem zweiten Weltkrieg war der Jugendaustausch von enormer Bedeutung. Die Vernetzung, die es bereits auf politischer Ebene gibt, soll durch Jugendreisen auch unter Jugendlichen stattfinden. Jugendaustausche sind vor allem auch für die Demokratiebildung wichtig und helfen dabei eine immer stärker globalisierte Welt besser zu verstehen und sich in ihr zurechtzufinden. Junge Menschen haben durch solche Reisen die Möglichkeit Freundschaften zu schließen und sich auszutauschen.
DIE LINKE	Neben Austauschprogrammen im engeren Sinne, die oftmals v.a. an den Fremdsprachenunterricht angeschlossen sind, gilt es dabei aus unserer Sicht, insbesondere auch internationale Jugendbegegnungen und -projekte zu stärken und bekannter zu machen sowie Bezüge zum Fachunterricht zu intensivieren.
FDP	Hier sehen wir Flexibilität bei den Vorgaben gefragt. Wenn die von uns geforderte selbst- und eigenständige Schule entsprechende Aktivitäten zu ihrer spezifischen Profilbildung entwickelt, soll dies nicht an starren Vorgaben scheitern. Die Unterstützung sollte erfolgen, wenn die materiellen Voraussetzungen und Verpflichtungen des Schulbetriebs es zulassen.

Gute Ideen für die Förderung des internationalen Schüleraustauschs

9. Haben Sie weitere Ideen, wie internationaler Schüleraustausch gestärkt und so zum selbstverständlichen Bildungsangebot für Schülerinnen und Schüler aller Schulformen werden kann?

CDU	Wir wollen den internationalen Schüleraustausch, wo immer es geht, stärken und sind offen für geeignete Maßnahmen, die dieses Ziel unterstützen.
SPD	Es liegt uns aktuell noch keine Antwort vor.
B90/DIE GRÜNEN	<p>Schulen sollten dahingehend stärker unterstützt werden, im Rahmen des jeweiligen Schulprogramms und der sich daraus entwickelnden Schulkultur, das Thema Internationalisierung und Schüler*innenaustausch stärker in der Schule zu verankern und bei Bedarf auch entsprechende Schwerpunkte im Schulprofil zu entwickeln.</p> <p>Im Bereich der beruflichen Bildung spielt der Schüler*innenaustausch noch eine untergeordnete Rolle. Aber gerade junge heranwachsende Menschen, die sich auf ein Berufsleben vorbereiten, sollten Erfahrungen im internationalen Kontext sammeln können, welche sie für einen gelingenden Start ins Berufsleben unterstützen.</p>
DIE LINKE	Um die dargestellten Potentiale von Schüler:innenaustauschen besser nutzen zu können, wollen wir dafür sorgen, dass die Senatsbildungsverwaltung die Schulen künftig noch umfangreicher mit aktuellen Informationen zu den verschiedenen bereits bestehenden Programmen und Fördermöglichkeiten auf europäischer und Bundesebene versorgt.
FDP	Wir Freie Demokraten wollen bis 2030 mindestens 20 Prozent aller Auszubildenden eine persönliche Auslandserfahrung ermöglichen. Diesem ambitionierten Ziel hat sich die FDP in ihrem Wahlprogramm zur Bundestagswahl verschrieben.



Austausch zum
Bildungsstandard machen!

Kontakt

Deutsches Youth For Understanding Komitee e.V.
Anna Kauert
anna.kauert@yfu.de
+ 49 (0)40 – 227 002-26

Initiative »Austausch macht Schule«
Bernd Böttcher
b.boettcher@austausch-macht-schule.org
+ 49 (0)40 – 87 88 679-31